

2335/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Anschober, Freundinnen und Freunde haben am 30.4.1997 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr, 2345/J betreffend "Tod der Kreuzzugspolitik Österreichs gegen die Kernenergie" gerichtet. Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit - in Kopie beigeschlossene Anfrage beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1

Es ist nichts Außergewöhnliches, daß hochrangige Beamte fachliche Erklärungen abgeben.

ad 2

Nein.

ad 3

Im Sinne des Koalitionsabkommens besteht Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten über die österreichische Position der österreichischen Kernenergiepolitik. Konsequenzen erübrigen sich daher. Ergänzend darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2344/J durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten verweisen,

ad 4

Eine Darstellung dieser österreichischen Position im Sinne des Koalitionsabkommens erfolgt laufend in der Öffentlichkeit und auch in den zuständigen Gremien der EU sowie gegenüber den kernenergienutzenden Ländern in Zentral- und Osteuropa. Es kann daher kein Zweifel an der Position Österreichs bestehen.

ad 5

Diesbezüglich darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2344/J durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten verweisen.

ad 6

Ich spreche mich bei jeder Gelegenheit für die Schaffung eines kernenergiefreien Mitteleuropa aus. Zuletzt habe ich dies in Zusammenhang mit der Ausweitung des Atom Müllagers in Dukovany getan, gegen die ich scharfen Protest eingelegt habe. Bei wiederholten Zusammentreffen mit Vertretern der Länder Zentral- und Osteuropas hat Österreich Vorschläge gemacht und Hilfe angeboten, die es den Ländern ermöglichen soll, unter Nutzung alternativer Energieformen sowie Einsparungsmöglichkeiten den Ausstieg aus der Kernenergie zu erleichtern und zu beschleunigen.

ad 7

Dieser Zeitplan ist vom Zeitplan für die EU-Osterweiterung abhängig, über den derzeit noch keine endgültige und konkrete Aussage getroffen werden kann.

ad 8

Aus der Vielzahl von Gremien' die sich mit dieser Thematik befassen, möchte ich einige herausgreifen:

Unter anderem kam diese Thematik bei der Umweltministerkonferenz der Zentral-europäischen Initiative sowie beim Treffen des EU-Ministerrates mit den Umweltministern der AMOEL-Staaten zur Sprache. Weiters wurde/wird das Thema unter österreichischer Teilnahme in EU-Komitees diskutiert (EU-Slovak am EU-Tschech-Subcommittee on Energy, Nuclear Safety, Environment and Regional Development)-

ad 9

Diese Einschätzung ist das Ergebnis der Konsequenzen Politik Österreichs im Zusammenhang mit der Nutzung der Kernenergie.

ad 10

Wie bereits ausgeführt' thematisiert Österreich konsequent Fragen der nuklearen Sicherheit - insbesondere mit der Tschechischen Republik und der Slowakei - im Rahmen der Vorbereitungsstrategien bzw. des strukturierten Dialogs zu einem möglichen EU-Beitritt. Der Prozeß der Annäherung der Reformstaaten; Zentral- und Osteuropas an die Europäische Union ist jedoch ein äußerst dynamischer und komplexer. Die Erzielbarkeit gesonderter und wirksamer Vereinbarungen im Nuklearsektor wird zu gegebener Zeit unter den dann gegebenen Bedingungen zu prüfen sein. In diesem Zusammenhang darf darauf verwiesen werden, daß Entscheidungen über Bau und Betrieb von kerntechnischen Anlagen auch nach europäischem Recht weitestgehend der nationalen Souveränität unterliegen und daß vertragliche Sonderregelungen auch der Zustimmung aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie des Beitrittswerbers bedürfen.

ad 11

Österreich wird seine konsequente Position zur Kernenergie auch anlässlich der österreichischen EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 einbringen und vertreten. Bezüglich der entsprechenden Vorarbeiten darf ich auf die Beantwortung der Frage 8 verweisen.

ad 12

Österreich teilt die im PINC-Papier wiederholt geäußerte Besorgnis im Zusammenhang mit nuklearer Sicherheit von zentral- und osteuropäischen Kernkraftwerken, kann aber im Sinne der österreichischen Regierungsposition zur Kernenergie die grundsätzlich positive Kernenergieposition des PINC-Papiers nicht teilen. Das trifft beispielsweise auch für den angesprochenen Bau des "Euro-Reaktor-Prototyps" zu.